

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) **Das deutsch-chinesische Verhältnis im Berichtszeitraum**

a) Botschafter Erwin Wickert erschien im Berichtszeitraum mehrere Male in der chinesischen Presse. Am 23. Mai gab er einen Empfang anlässlich des 30. Jahrestages der Verkündung des Grundgesetzes der Bundesrepublik (XNA, 23.5.79). Außerdem wurde in dem neuerscheinenden Zwei-Monats-Magazin "Weltliteratur", und zwar in der zweiten Ausgabe, Wickerts Hörspiel "Der Klassenaufsatz" in vollständiger chinesischer Übersetzung abgedruckt. Wickert, der seit 1976 die Bundesrepublik in Peking vertritt, wurde den Lesern des Magazins in einer kurzen Biographie vorgestellt. Eines der bekanntesten Werke Wickerts ist "Der Auftrag", eine literarische Schilderung des Taiping-Aufstandes Mitte des 19. Jahrhunderts.

b) Technische Zusammenarbeit: Am 8. Mai wurde zwischen Bundesforschungsminister Volker Hauff und dem stellvertretenden Leiter der chinesischen Staatskommission für Wissenschaft und Technik, Wu Heng, in Bonn beschlossen, daß von deutscher Seite eine umfangreiche Pilotstudie über die Energieversorgung eines chinesischen Ballungsgebietes vorgelegt werden soll. Die Arbeit soll mit einem Kostenaufwand von voraussichtlich 5-8 Mio.\$ erstellt werden.

Seit der Unterzeichnung des deutsch-chinesischen Wissenschaftsabkommens vom Oktober 1978 haben bereits mehrere Fachdelegationen konkrete gemeinsame Projekte vereinbart. Akzente sollen vor allem auf den Gebieten der Energieforschung und Technik sowie Rohstoff- und Materialforschung gesetzt werden.

Am 15. Mai kam es ferner zwischen chinesischen Wissenschaftlern einerseits und deutschen sowie französischen Fachleuten andererseits über den Satelliten "Sinfonie" und über Solarenergie und einschlägige Fragen zu einer Diskussion (Radio Schanghai, SWB, 22.5.79).

c) Flugverbindungen: Nachdem bereits am 3. Mai die chinesische Fluggesellschaft CAAC die erste direkte Verbindung zwischen Peking und Frankfurt via Teheran und Bukarest hergestellt hatte, will nun auch die Lufthansa ab November 1979 wöchentlich einmal von Frankfurt aus die chinesische Hauptstadt anfliegen. Das Luftverkehrsabkommen zwischen China und der Bundesrepublik war 1975 während des Kanzlerbesuchs unterzeichnet worden.

Voraussetzung für den Lufthansadienst ist, daß bis November 1979 die Einrichtungen auf dem Flughafen Peking für die Abfertigung von Großraumflugzeugen fertiggestellt sind. Die Lufthansa will in die Volksrepublik, wie auch auf den übrigen Fernost-Routen, mit der DC-10 fliegen.

Bei der Landung des ersten chinesischen Flugzeu-

ges fand eine kleine Feier auf dem Frankfurter Flughafen statt, bei der auch Hessens Minister für Wirtschaft und Technologie, Heinz-Herbert Karry, anwesend war (XNA, 3.5.79).

d) Länderdelegationen: Die Hansestadt Hamburg und der Freistaat Bayern schickten Wirtschaftsdelegationen. Die 13köpfige Abordnung unter Leitung des Präsidenten der Hamburger Handelskammer, Rudolf Schlenker, hielt ein Marketing-Seminar über das Thema "In Deutschland verkaufen" ab und verhandelte über die Eröffnung eines chinesischen Handelsbüros sowie eines chinesischen Konsulats in der Hansestadt. Die Bedeutung Hamburgs für den deutsch-chinesischen Handel liege auf der Hand, da gut 30% des China-Handels mit der Bundesrepublik über Hamburg liefen, vor allem über die Kontore der alten Handeshäuser. Die Branchen Textilhandel, Rohstoff-Importe, Darm-Importe und auch Konservenindustrie führten die Palette an. Die Chinesen müßten jedoch Anstrengungen unternehmen, um ihre Exporte in die Bundesrepublik noch zu steigern. Der deutsch-chinesische Handel dürfe keine Einbahnstraße bleiben. Vielleicht sei es auch möglich, China für die Einschaltung erfahrener Hamburger Firmen in den Infrastrukturbau zu interessieren (das Interview mit Schlenker ist auszugsweise abgedruckt in Die Welt, 18.5.79). (Weiter Einzelheiten Ü. 59)

Unter der Leitung des Wirtschaftsministers Anton Jaumann reiste am 31. Mai eine Delegation führender bayerischer Firmen in die Volksrepublik. Jaumann will u.a. eine chinesische Export-Ausstellung auf dem Münchner Messegelände, verbunden mit "Tagen der chinesischen Wirtschaft", vorschlagen. Außerdem solle chinesischen Fach- und Führungskräften eine Ausbildung in bayerischen Unternehmen angeboten werden. Jaumann reiste bereits zum zweiten Mal in die VR China.

e) Während des Berichtszeitraums wurde auch die erste repräsentative Buchausstellung vorbereitet, die am 5. Juni in Peking eröffnet wurde, und an der auch ein Mitglied des Instituts für Asienkunde, Dr. Rüdiger Machetzki, teilnimmt. Wie die Ausstellungs- und Messe GmbH des Börsenvereins des deutschen Buchhandels in Frankfurt bekanntgab, sollen mit finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amtes 7.200 deutsche Titel aus dem Bereich Naturwissenschaft und Technik, Kunst, schöngestige Literatur, Kinder- und Jugendliteratur sowie Lehr- und Unterrichtsmittel vorgestellt werden. Auf politische und zeitgeschichtliche Titel wird dagegen verzichtet. Die deutschen Bücher sind vierzehn Tage in Peking zu sehen und werden danach noch in Sian und Shenyang ausgestellt.

- we -

WESTEUROPA

(2) **Freude über den Wahlsieg der Konservativen in Großbritannien**

Einen positiven Bericht über den elften Wahlsieg der Konservativen nach dem Krieg brachte Xinhua (XNA, 4.5.79). Die neue Regierung unter Margaret Thatcher werde zwar mit zahlreichen dornigen Wirtschafts- sowie mit "lokal-nationalistischen" Problemen konfrontiert sein, doch trete sie gleichzeitig für eine Stärkung des Westens und für den Aufbau eines "starken Großbritannien" angesichts der "wachsenden Drohung des Sowjethegemonismus" ein. Möglicherweise erhofft man sich von der neuen Regierung auch eine schnellere Freigabe der Harrier-Senkrechtstarter.

Freundliche Aufmerksamkeit fand auch das London Festival Ballet, das Mitte Mai in der VR China auftrat (XNA, 10.5.79).

- we -

(3) **Französische Nuklearenergie für China?**

Obwohl sich China nach Aussagen seiner führenden Wirtschaftsfachleute zur Versorgung seiner dünnen Energiedecke in erster Linie auf Kohle und Wasserkraft stützen möchte, wird es möglicherweise zwei Atomkraftwerke von Frankreich kaufen - wenn diese Pläne nicht den neuerlassenen Einschränkungen des industriellen Aufbaus geopfert werden.

Seit 1964 hat die Welt sich zwar an China als Atommacht gewöhnt, bislang hat die Volksrepublik jedoch weder einen Reaktor gekauft oder selbst gebaut, der zur Stromerzeugung genutzt werden könnte. Gerade hier besteht eine empfindliche Lücke in der chinesischen Energieversorgung, da nur ca. 5-6% von Chinas - nicht privatem - Energieverbrauch durch Elektroenergie gedeckt werden - zu 10-15% in den Industrieländern. Als alternative Energietechnologie steht die Atomkraft für die Chinesen weit vorn. Im November 1974 hatte China deshalb seinen Plan bekanntgegeben, zwei Hochdruck-Wasserreaktoren von je 900 MW in Frankreich zu kaufen. Da die Anlagen unter der Lizenz der amerikanischen Firma Westinghouse Electr. Corp. gebaut würden, würde auch die Zustimmung der amerikanischen Seite gebraucht, die im gleichen Monat erteilt würde.

Problematisch bleibt, ob China seine Nukleartechnologie an Drittländer weitergeben wird. Bislang hat das Land, ohne dem Abkommen über Nichtweitergabe beigetreten zu sein, allerdings über diese Technologie ein quasi Embargo verhängt (AWSJ, 26.5.79).

- ga -

(4) **China und Skandinavien**

Einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten und "Partei-Außenminister", Geng Biao, besuchte im Mai Schweden, Norwegen und Finnland. Geng war von 1950-1956 bereits als Botschafter in Schweden, Dänemark und Finnland akkreditiert. Obwohl er sich bei seinen Besuchen verbal zurückhielt, wurde doch deutlich, daß die skandinavischen Länder für Peking nicht nur als Wirtschaftspartner interessant sind, sondern daß sie gleichzeitig auch als Nordwestflanke der Sowjetunion angesehen werden.

Der frühere Ministerpräsident und jetzige Oppo-

sitionsführer, der Sozialdemokrat Olof Palme, der schon in den vergangenen Jahren Engagement für Vietnam gezeigt hatte, lehnte es ab, die Einladung des Ministerpräsidenten Ullsten zu einem Essen für Geng Biao anzunehmen. Die schwedischen Sozialdemokraten wollten, so hieß es aus der Umgebung Palmes, nicht in eine "prochinesische Fronde" hineingezogen werden, wie sie andere westliche Länder mit den USA an der Spitze gegen die Sowjetunion aufzubauen trachteten.

Auch die Moskau-orientierten schwedischen Kommunisten veranstalteten Demonstrationen anlässlich der Ankunft der 20köpfigen chinesischen Delegation. Ihrem Beispiel folgte später die prosovjetsche finnische KP.

Während des Besuches in Stockholm beschlossen der schwedische Exportrat, der Industrieverband sowie der Großhandels- und Handelskammerverband, ein "Sweden-China Trade Council" zu bilden, also eine Art gemeinsame Handelskammer, die gegenseitige Handelsinteressen abstimmen soll.

- we -

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(5) **Chinesisch-sowjetische Entspannungstendenzen?**

Eine Reihe von Ereignissen hat in der internationalen Presse Spekulationen ausgelöst, daß eine chinesisch-sowjetische Wiederversöhnung nicht mehr allzu ferne sei. Und in der Tat gibt es eine Reihe von Symptomen für eine solche Annahme.

- Am 27. März 1979 kam es zu einer Einigung zwischen China und der Sowjetunion über die Schifffahrt auf den Grenzflüssen Amur und Ussuri (Näheres C.a., März 1979, Ü 2).

- Am 22. Februar 1979 bereits hatten Vertreter des Provinzrevolutionskomitees von Heilongjiang Kränze am Monument der Gefallenen der Sowjetarmee in Harbin niedergelegt (ebenda).

- Am 3. April 1979 hatte der Ständige Ausschuß des 5. NVK einerseits zwar den am 14. Februar 1950 in Moskau mit der Sowjetunion abgeschlossenen "Vertrag über Freundschaft, Bündnis und gegenseitigen Beistand" gekündigt, zugleich aber das Angebot zu neuen Verhandlungen unterbreitet (C.a., April 1979, Ü 2). Moskau hatte das Angebot angenommen und damit bereits zum vierten Mal seit Ausbruch der "zweiten sino-sowjetischen Eiszeit" (1968/69) Verhandlungsbereitschaft gegenüber Peking signalisiert (nämlich 1971, 1973, 1978 und nunmehr im Jahre 1979; ebenda).

- Für Juni 1979 sind Handelsgespräche in Moskau vorgesehen. Eigentlich hätten die Verhandlungen schon Anfang des Jahres stattfinden sollen; doch verzögerte der chinesisch-vietnamesische Grenzkrieg die Verhandlungsrunde.

- Ferner haben die wirtschaftlichen Revisionsbeschlüsse des 3. ZK-Plenums vom Dezember 1978 dazu geführt, daß sich die chinesische Regierung veranlaßt sieht, statt neu einzukaufender teurer Anlagen die alten, von der Sowjetunion in den fünfziger Jahren gelieferten Fabriken zu restaurieren. Dazu aber wäre eine erneute Hinwendung zu Moskau nötig. Bereits 1978 wies der sino-sowjetische Handel ein Rekord-

volumen von 338 Mio. Rubel (= ungefähr 990 Mio. DM) auf. Noch 1977 waren es nur 249 Mio. Rubel gewesen. Strukturell richtet sich das chinesische Interesse auf die Lieferung sowjetischer Ersatzteile.

- Verhandlungsangebote Pekings waren nicht nur in der Erklärung vom 3. April 1979 enthalten, sondern wurden am 5. Mai 1979 von Yu Zhan, dem Chefunterhändler Chinas bei den Grenzverhandlungen mit der Sowjetunion, und am 16. Mai von Deng Xiaoping (beim Empfang einer japanischen Journalistendelegation) wiederholt. Man wolle ohne Vorbedingungen in Verhandlungen über bessere zwischenstaatliche Beziehungen eintreten. Gespräche könnten parallel zu den seit 1969 laufenden Grenzverhandlungen stattfinden.

Soweit die Pluspunkte. Angesichts der seit zehn Jahren andauernden "Erzfeindschaft" zwischen Peking und Moskau und angesichts auch der Tatsache, daß der "Antihegemonismus" nach wie vor offiziell das Grundmotiv der chinesischen Außenpolitik ist, bedarf es schon wirklich erdrückender Argumente, ehe der Beobachter davon überzeugt werden kann, daß die bisherige Feindschaft einer Entkrampfung im Geiste des Pragmatismus Platz macht. Solche überzeugenden Argumente aber liegen noch keineswegs vor:

- Das Gesprächsangebot geht beispielsweise nicht um die Grenzen, für die ja eine eigene Verhandlungsrunde besteht und über die man bisher in keinem Punkt sich hat einigen können. Auch ein beiderseitiger Truppenrückzug von den gemeinsamen Grenzen steht nicht zur Debatte, da China hier stets die Formulierung "Rückzug von den umstrittenen Grenzen" gebraucht - ein Terminus, der die Sowjets sofort wieder auf eisige Distanz gehen läßt. In der Tat hat Deng bei mehreren Gesprächen im Berichtszeitraum immer wieder erkennen lassen, daß er skeptisch bleibe, und daß es mit der Sowjetunion solange keine Einigung geben könne, wie diese weiterhin versuche, in Afrika und Asien die Oberhand zu gewinnen.

- Auch die antisowjetische Propaganda Chinas hat nicht nachgelassen. Die Zahl der sowjetfeindlichen Artikel ist beispielsweise im April 1979 mit achtzig Polemiken (C.a., April 1979, S.513 f.) nur um einen antisowjetischen Artikel gegenüber dem Berichtsmonat März 1979 zurückgegangen (C.a., März 1979, S.236 f.).

- Was die Handelsgespräche in Moskau anbelangt, so handelt es sich hier nur um eine Routineangelegenheit. Jedes Jahr wurde bisher noch ein gemeinsames Handelsprotokoll unterzeichnet - selbst in Zeiten schärfster Konfrontation.

- Faßt man schließlich die chinesischen Aktionen der letzten Monate in ihrer Gesamtheit zusammen, so zeigt sich, daß Pekings Außenpolitik nicht nur in Asien (Vietnam und Laos!), sondern in allen übrigen Teilen der Welt primär von "antihegemonistischen" Motiven gesteuert wird, ob nun von der Jemen-Frage, von der Zusammenarbeit mit Chile, vom Besuch Geng Biaos in Skandinavien, von der Stellungnahme zu SALT II, von UNCTAD V oder aber vom "325. Jahrestag der Annektion der Ukraine durch die russischen Zaren" die Rede ist.

Nach Angaben des Politchefs der sowjetischen Grenzstreitkräfte, Generalmajor W. Gaponenko, sollen bei einem erst kurze Zeit zurückliegenden Grenzgefecht zwischen sowjetischen und chinesischen Einheiten zwei sowjetische Soldaten gefallen sein. Dies wurde in der Monatszeitschrift der KPdSU, "Partei-leben", mitgeteilt. Gleichzeitig rief der Politchef zu

erhöhter Wachsamkeit auf (Reuter-Bericht aus Moskau, zit. in Die Welt, 26.5.79).

- we -

(6) Besuch des Dalai Lama in der Sowjetunion

Die VR China hat seit dem Kongreß der "Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes" Mitte 1978 dem im indischen Exil lebenden Dalai Lama wiederholt Angebote unterbreitet, nach China zurückzukehren. Er lehnte bisher aber mit der Begründung ab, daß er erst nach Tibet zurückkehren werde, wenn er sicher sei, daß die tibetische Bevölkerung das chinesische Regime billige.

Außerdem hatten die chinesischen Behörden mehrere Hundert Häftlinge entlassen, die am tibetischen Aufstand im Jahre 1959 beteiligt gewesen waren.

Umso mehr zeigt man sich in Peking betroffen darüber, daß der Dalai Lama - weit davon entfernt, chinesische Einladungen anzunehmen - nunmehr beschlossen hat, der Sowjetunion einen Besuch abzustatten. Offizieller Anlaß für diesen Besuch ist eine Einladung zur "Friedenskonferenz der asiatischen Buddhisten", die Mitte Juni in Ulan Bator in der - wie es wörtlich heißt - "Äußeren Mongolei" stattfinden wird (XNA, 29.5.79). Auf dem Weg dorthin wolle der Dalai Lama auch die Sowjetunion besuchen.

Ausgerechnet unter Berufung auf die "Oberösterreichischen Nachrichten" vom 22. Mai weist Xinhua darauf hin, daß "die Sowjetunion nun versucht, die Nationalitätenfrage mitsamt dem religiösen Glauben zum Kampf gegen China einzusetzen". Äußerlich gehe es zwar um einen Besuch rein religiöser Natur, in Wirklichkeit aber seien hier politische Absichten im Spiel. Der Dalai Lama erscheine ausgerechnet an der "Hintertür Chinas". Der Kreml wisse sehr wohl, warum er nun plötzlich "eine Liebeserklärung an den Buddhismus" abgebe. Obwohl diese Religion in zahlreiche Sekten aufgespalten ist, bleibt sie doch nach wie vor eine der mächtigsten politischen und religiösen Strömungen in Asien. Man denke doch an Birma, Nepal, Bhutan, Thailand, Laos, Kampuchea und nicht zuletzt auch an China selbst! Dies sei ein erneuter Versuch, China "einzukreisen".

- we -

NORDAMERIKA

(7) Peking - Washington: Der dornige Weg zur Meistbegünstigung

Nach dem Besuch Deng Xiaopings in den USA vom 29. Januar bis 5. Februar 1979 sind kurze Zeit hintereinander gleich zwei wichtige Repräsentanten der US-Regierung nach Peking gekommen, nämlich vom 24. Februar bis 4. März 1979 Finanzminister Michael Blumenthal (Näheres dazu C.a., März 1979, Ü 3) und nun, Anfang Mai 1979, die amerikanische Handelsministerin (Secretary of Commerce), Juanita Kreps, die während ihres zehntägigen Aufenthalts ein Handelsabkommen sowie vier Protokolle über wissenschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnete und außerdem die Verhandlungen über ein Handels-schiffahrts- und Luftfahrtsabkommen einleitete.

Die vier Protokolle betrafen folgende Gegenstände:

- Zusammenarbeit zwischen der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik der VR China und dem Handelsministerium der USA beim Management in Wissenschaft und Technik und auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Information.
- Protokoll über die Zusammenarbeit in der atmosphärischen Wissenschaft und Technik.
- Protokoll über Zusammenarbeit in der Ozeanologie und in der Fischerei-Wissenschaft und -Technik.
- Protokoll über die Zusammenarbeit in der Meteorologie.

Alle vier Dokumente wurden vom Vorsitzenden der Wissenschaftskommission, Fang Yi, und Juanita Kreps am 8. Mai 1979 unterzeichnet.

Drei Tage später kam es zur Unterzeichnung des chinesisch-amerikanischen Wiedergutmachungsabkommens, das gegenseitige Ansprüche auf Vermögenswerte regelt, die während der Kriegszeit beschlagnahmt bzw. gesperrt worden waren.

Dem Abkommen zufolge, das bereits im Februar von Finanzminister Blumenthal paraphiert worden war, zahlt China an Banken, Körperschaften und Bürger in den USA, deren Vermögenswerte im Jahre 1947 verstaatlicht worden waren, insgesamt 80,5 Mio.\$ Entschädigung, davon 30 Mio.\$ am 1. Oktober 1979, den Rest in fünf Jahresraten zu 10,1 Mio.\$ vom 1. Oktober 1980 an.

Die USA umgekehrt werden die eingefrorenen chinesischen Vermögenswerte freigeben. Die chinesische Seite hatte ursprünglich verlangt, es möge ihr eine Liste der amerikanischen Anspruchsberechtigten ausgehändigt werden. Dieses Verlangen war von den USA jedoch mit dem Hinweis abgelehnt worden, die Liste sei vertraulich.

Der Abschluß dieses Abkommens war die Voraussetzung für den nächsten - und im sino-amerikanischen Verhältnis gegenwärtig wohl wichtigsten - Schritt: die Paraphierung eines Handelsabkommens.

Zwischenzeitlich konnte noch ein Abkommen über die Organisation von beiderseitigen Handelsausstellungen unter Dach und Fach gebracht werden.

Vor der Unterzeichnung des Handelsabkommens hatte Ministerin Kreps noch mit Deng Xiaoping ein Zusammentreffen, bei dem Deng betonte, daß sich die beiderseitigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwar schnell entwickeln könnten, daß aber auf eine ausgeglichene Bilanz hingearbeitet werden müsse. Das Handelsvolumen zwischen China und den USA im Jahre 1978 lag bei 1 Mrd.US\$ und war damit dreimal so hoch wie im Jahre 1977. Für 1979 geht man von einer weiteren Verdoppelung aus. Deng machte klar, daß der chinesischen Seite das Meistbegünstigungsrecht eingeräumt werden müsse. China sei ein Entwicklungsland und müsse daher in den Genuß dieses Vorrechtes kommen, wenn nicht weitere Disproportionen im chinesisch-amerikanischen Handel entstehen sollen (BRu 1979, Nr.21, S.6 f.).

Wie der Korrespondent der IHT (15.5.79) betont, begegneten sich bei der Aushandlung der Meistbegünstigungsklausel zwei verschiedene Welten: "Es wurde unter schrecklichem Druck verhandelt und unter ganz verschiedenen Ausgangspunkten." Während die Chinesen, für die vieles Neuland war, auf ein ganz allgemein gefaßtes Abkommen hinauswollten, wünschte die amerikanische Seite genau konkretisierte Vereinbarungen. Hierbei war die US-Delegation an

den "US Trade Act of 1974" gebunden, der verlangt, daß US-Geschäftsleute in dem Partnerland jederzeitig Ein- und Ausreisevisa und andere Erleichterungen erhalten. Weiterhin verlangt der Trade Act den Schutz des US-Marktes vor wettbewerbsschädigenden Importen und den Schutz von US-Patenten, Handelsmarken und Copyright-Rechten.

Beide Seiten begegneten sich schließlich auf halbem Wege und paraphierten das Abkommen.

Es stand jedoch von Anfang an fest, daß chinesische Textil-Exporte nach den USA Schwierigkeiten bereiten würden. Schon wenige Tage, nachdem der Handelsvertrag am 14. Mai paraphiert worden war, stellte ein anderer Vertreter der Carter-Administration, Strauss, der chinesischen Regierung nach eigenen Worten ein "Ultimatum", die amerikanischen Vorstellungen über eine Textilhandelsvereinbarung zwischen beiden Staaten zu akzeptieren oder aber klar zu verwerfen. Die Chinesen begriffen nicht, daß Washington keine unbegrenzte Menge Textilien kaufen könne. Die Carter-Administration könne das Handelsabkommen erst dann dem Kongreß zuleiten, wenn sich Peking zu einer Textilexportbeschränkung bereiterklärt habe. Washington wünsche den Abschluß eines "ordentlichen Marktabkommens" (OMA), das u.a. die Textil-Lobby im Kongreß besänftige.

1978 hatte Peking Waren für 324 Mio.\$ nach Amerika geliefert, darunter für 180 Mio.\$ Textilien und Bekleidung. Textilien sind m.a.W. ein wichtiger Devisenbringer. Chinesisch-amerikanische Konflikte sind damit gleichsam vorprogrammiert.

Trotz solcher Hindernisse hat China den "Texas-hut" aber keineswegs wieder abgesetzt. Vor allem die Beziehungen zur amerikanischen Geschäftswelt gedeihen prächtig: Im China-Geschäft stehen z.B. PanAm mit seiner Intercontinental-Kette, ferner "US Steel", Bethlehem Steel, Fluor (Mithilfe bei der Ausbeutung der vielleicht größten Kupfermine der Welt), Texaco, zwei Bekleidungsfirmen, Ford Motors, Pullman (Eisenbahnausrüstung und Düngemittelfabriken), Sperry Rand's Univac (Computer-Systeme), Kaiser Engineers (Eisenerzminen), "Aluminium Company of America", Boeing (Verkauf von vier 747-Jetlinern), mehrere US-Getreidefirmen, ferner die Firma Deers (Traktorenfabrik), Philip Morris (Tabakexport), Sea-Land Containers, General Electric, Ford Space, Exxon, Armco (Ölbohrausrüstung), Engelhard Minerals and Chemicals und andere Firmen.

Die Sowjetpropaganda argwöhnt bereits, daß Peking auch enge Kontakte mit US-Rüstungsfirmen aufgenommen hat. Die Verwaltung der "Fairchild Industries", einer der wichtigsten Auftragnehmer des Pentagon, habe beispielsweise mit Peking Gespräche über die Lieferung von taktischen Luftunterstützungs-Flugzeugen vom Typ A-10 geführt, also Maschinen, die mit den modernsten elektronischen Ausrüstungen versehen seien (TASS, engl., 8.5.79).

Nicht nur die amerikanische Wirtschaft, sondern auch das Kommunikationswesen soll von der Verbesserung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen profitieren: Am 28. Mai gab das Pekinger Außenministerium bekannt, daß vier amerikanische Zeitungen die Erlaubnis erhalten hätten, ständige Büros in Peking zu eröffnen, nämlich die New York Times, das Wallstreet Journal, die Los Angeles Times und die Washington Post. Auch die Agenturen Associated Press und United Press International könnten ihre Büros - nach dreißigjähriger Pause - wieder eröffnen (IHT, 29.5.79).

Im Gegenzug richtete die Agentur Xinhua ein

Büro in Washington ein. Xinhua verfügt damit weltweit über mehr als achtzig Büros (XNA, 12.5.79).

- we -

LATEINAMERIKA

(8) Kein Antarktis-Abkommen mit Chile

Einige argentinische Zeitungen hatten Anfang Mai darüber berichtet, daß zwischen Chile und der VR China ein Abkommen zur Ausbeutung der Bodenschätze in der Antarktis geschlossen worden sei. Der chilenische Außenminister trat dieser Behauptung in einer offiziellen Erklärung entgegen (Radio Santiago, SWB, 16.5.79).

Vermutungen über eine chilenisch-chinesische Zusammenarbeit waren offensichtlich deshalb aufgekomen, weil die Regierungen beider Staaten in den letzten Monaten nicht nur engere Kontakte aufgenommen, sondern weil überdies ein Xinhua-Korrespondent voller Begeisterung über seine Erlebnisse bei der Expedition in die Antarktis berichtet hatte, an der er zusammen mit chilenischen Wissenschaftlern drei Wochen lang teilgenommen hatte. Er berichtete nicht nur von der Schönheit der Landschaft, sondern sprach auch über die gewaltigen Mineralressourcen, angefangen von Gold, Nickel, Kupfer, Eisen, Kohle bis hin zum Erdöl. Wissenschaftler vermuteten, daß die Eisenerzvorräte, die dort lagerten, den Weltbedarf der nächsten zweihundert Jahre decken könnten; die dortigen Kohlevorräte seien die vermutlich größten der Welt; das Erdöl werde auf rund 40 Mio.t und das Naturgas auf 50 Mio.t geschätzt. Daneben gebe es riesige Fischvorräte.

Kein Wunder, daß die Großmächte ebenfalls bereits versucht hätten, sich auf diesem Kontinent niederzulassen (XNA, 1.5.79).

- we -

AFRIKA UND NAHOST

(9) Beziehungen zu Israel?

Einer AP-Meldung zufolge soll eine israelische Delegation im April insgeheim die Volksrepublik China besucht haben. Auch Außenminister Dayan wolle bei seinem Besuch in Birma, Thailand, den Philippinen und Nepal Ende April versuchen, mit Peking irgendwie in Verbindung zu kommen (FAZ, 18.4.79). Zu Meldungen dieser Art gab der chinesische Botschafter in Beirut, Xu Wenyi, gegenüber Yasir Arafat, dem Vorsitzenden der PLO, eine scharfe Gegenerklärung ab. China unterhalte keinerlei Beziehungen mit Israel und beabsichtige auch nicht, dieses Land diplomatisch anzuerkennen. Gleichzeitig wies der Botschafter auf die "expansionistische und aggressive Politik der... israelischen Behörden hin, die von den Supermächten angestiftet" würden (XNA, 12.5.79). Am 15. Mai kritisierte Xinhua die wiederholten Angriffe Israels gegen palästinensische Lager im Libanon, vor allem den zweieinhalbstündigen Artillerieangriff am 25. April auf die Stadt Tyre. Ferner

habe Israel die Führer der Libanesischen Christlichen Miliz dazu angestachelt, ein "Freies Libanon" zu proklamieren, womit der palästinensische Widerstand geschwächt und das libanesisches Volk weiter gespalten werden sollte (vgl. auch XNA, 21.5.79). Am 17. Mai beschuldigte Xinhua im Gegenangriff die Sowjetunion, einen "Flirt" mit Israel eingegangen zu sein, wobei das Zusammentreffen einer vierköpfigen Delegation mit der israelischen KP den Ausgangspunkt lieferte (RMRB, 17.5.79). Moskau habe zwischen 1970 und 1977 nicht weniger als 125.000 jüdischen Emigranten die Ausreise nach Israel erlaubt. Möglicherweise würden allein im Jahre 1979 weitere 50.000 Emigranten hinzukommen.

- we -

(10) Nord- und Südjemen in chinesischer Sicht

In einem längeren Artikel über die jemenitische "Wiedervereinigung" bringt BRu (1979, Nr.19, S.23 f.) eine Darstellung der jemenitischen Teilung und des jemenitischen Wiedervereinigungswunsches aus chinesischer Sicht: Das Volk von Jemen habe bereits im 16. Jh. die "portugiesischen Aggressoren" vertrieben, sei dann aber während des 19. Jh. von den osmanischen Türken erneut unterjocht worden. Nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches im Jahre 1918 erhielt Jemen vorübergehend seine volle Unabhängigkeit, doch wurde das jemenitische Königreich Mitte der dreißiger Jahre von Großbritannien mit Hilfe "ungleicher Verträge" gezwungen, die britische Okkupation des Südens (mit der Hafenstadt Aden) anzuerkennen. Damit war das Land offiziell in einen südlichen und einen nördlichen Teil aufgespalten.

Im September 1962 wurde die feudale Dynastie im Norden gestürzt und die Jemenitische Arabische Republik gegründet. Im Süden ging die Kolonialherrschaft der Briten im November 1967 nach vierjährigem Befreiungskrieg zuende, dem die Gründung einer unabhängigen "Demokratischen Volksrepublik Jemen" folgte. Damals habe es günstige Voraussetzungen für die nationale Wiedervereinigung gegeben. "Aber kaum war der Tiger weg, kam der Wolf" - und zwar diesmal in Gestalt der "sowjetischen Hegemonisten", die die Schlüsselstellung der beiden jemenitischen Staaten an der "Ölader" zwischen Rotem Meer und Indischem Ozean besetzen wollten.

1972 unterzeichneten beide Regierungen zwar das "Kairo-Übereinkommen" und die "Tripolis-Deklaration", in denen der Vorsatz enthalten war, Süd- und Nordjemen zu einem Land mit der Bezeichnung "Republik Jemen" zu vereinigen. Der neue Staat sollte eine einheitliche Nationalflagge, eine Hauptstadt, ein Staatsoberhaupt, eine Legislative, eine Verwaltung, eine Judikative und eine einheitliche Armee erhalten. Die Arabische Liga habe diese Entwicklung begrüßt.

Doch dann sei der "Wolf" gekommen, der die noch vorhandenen Widersprüche dazu genutzt habe, Nord und Süd wieder zu entzweien. 1978 gab es erneut Anzeichen für eine Annäherung der beiden Staaten. Im Juni kündigte der nordjemenitische Präsident an, er werde Südjemen besuchen und mit dem dortigen Präsidenten über die Wiedervereinigung sprechen, doch Ende Juni wurden beide Präsidenten innerhalb von drei Tagen ermordet. Diese Verbrechen gingen auf das Konto des KGB, der den Zwischenfall ausnutzte, um erneut Zwietracht zwischen Nord- und Südjemen zu schüren. Beim bewaffneten Grenzkonflikt im Februar 1979 seien die von der Sowjetunion

an Südjemen gelieferten Waffen zum Einsatz gekommen. Die USA umgekehrt habe eilends Waffen und Munition nach Nordjemen geliefert. Nur dank der Vermittlung des Rats der Arabischen Liga einigten sich dann die beiden Seiten über einen Waffenstillstand und einen Truppenabzug. Am 16. März 1979 wurden die Kämpfe eingestellt. Anschließend kamen die Staatsoberhäupter beider Länder in Kuwait zusammen und brachten - wie durch ein Wunder - die Wiedervereinigungsfrage erneut auf den Tisch. Südjemen schlug dabei vor, daß Sanaa in Nordjemen die Hauptstadt des vereinigten Jemen werden solle, und daß das Amt des Staatsoberhauptes dem nordjemenitischen Präsidenten zufallen solle.

Diese Entwicklung wird auch von Peking begrüßt. Anfang Mai unterzeichneten China und Nordjemen ein Abkommen, durch das der Regierung in Sanaa ein Kredit von 30 Mio.\$ eingeräumt werden soll. Das Geld soll zur Finanzierung nordjemenitischer Käufe von Nahrungs- und Konsumgütern in China verwendet werden.

- we -

(11) Scharfe Kritik am früheren Regime Idi Amins

"Seit Amins Machtantritt 1971 wurde das Kabinett ungefähr zwanzigmal neu gebildet und 200.000 Menschen wurden getötet. Zehntausende aus allen Schichten wurden zur Emigration gezwungen... Rädel Führer von Amins Militärregime bereicherten sich durch Korruption, und die Militärausgaben stiegen jährlich... Außenpolitisch tauchten erste Probleme auf. Im Oktober 1978 ließ Amin Soldaten in Tansania einfallen und nahm 1.800 qkm ein. Tansania entschloß sich, Truppen zu entsenden, um zusammen mit der Nationalen Befreiungsarmee Ugandas Amin zu bestrafen und um den Sturz seines Regimes zu beschleunigen." So heißt es wörtlich in einem Bericht der Beijing Rundschau (BRU 1979, Nr.22, S.26 f.). Anschließend kommt - wie erwartet - der Seitenhieb gegen die beiden Supermächte, vor allem gegen die Sowjetunion, die die Lage in Uganda zu ihren Gunsten zunächst habe ausnutzen wollen, dann aber, als Amin gestürzt wurde, ihre Meinung blitzschnell zugunsten der neuen, am 11. April gebildeten provisorischen Regierung geändert habe.

Allerdings hatte auch China zu Uganda stets ein positives Verhältnis gesucht, wobei es galt, durch gleichzeitige gute Beziehungen zu Tansania eine Art Quadratur des Kreises herzustellen.

- we -

ASIEN

(12) Chinesisch-japanische Städte-Patenschaften

Am 1. Mai schlossen die in der Provinz Shandong gelegene Stadt Luda (früher Dairen) und die japanische Großstadt Kitakyushu ein Freundschaftsbündnis - ein Vorgang, der von zahlreichen kulturellen Veranstaltungen flankiert wurde (XNA, 2.5.79). Am nächsten Tag, dem 2. Mai, kam es zum Abschluß einer Patenschaft zwischen Guangzhou (Kanton) und der japanischen Stadt Fukuoka (XNA, 3.5.79).

Daneben fanden Ausstellungen über China in verschiedenen japanischen Städten statt (XNA, 3.5.79).

- we -

(13) Schon wieder ein chinesisch-japanischer Zwischenfall im Zusammenhang mit der Diaoyutai- (Senkaku-)Insel

Die Diaoyutai-Inselgruppe, zwischen der japanischen Ryu-Kyu-Kette, Taiwan und dem der Provinz Fuzhou vorgelegenen Ostchinesischen Meer gelegen, ist bereits mehrere Male zum Gegenstand von Auseinandersetzungen zwischen Peking und Tokio geworden. Sowohl China als auch Japan beanspruchen die Inseln, die möglicherweise in ihrer Nachbarschaft Öl besitzen. Schon am 30. Dezember 1971 hatte das chinesische Außenministerium den Standpunkt der VR China dargelegt. Die Japaner andererseits behaupten von jeher, daß die Inseln zur Ryu-Kyu-Kette gehören. Immer wieder kam es in den letzten Jahren zu Zwischenfällen, u.a. 1972, 1974 und zuletzt im April 1978, als vor den Inseln rund 140-200 chinesische Trawler sich versammelten, die aus verschiedenen chinesischen Küstenprovinzen gekommen waren. An den Bordwänden trug ein Teil der Boote die Aufschrift "Diaoyutai ist Territorium der Volksrepublik China". Die Japaner kommandierten daraufhin sieben Patrouillenboote und vier Flugzeuge in das Gebiet ab. Erst am 18./19. April verließen die chinesischen Fischkutter das umstrittene Gebiet. Später behauptete die Führung in Peking, es habe sich um ein Mißverständnis gehandelt (Einzelheiten dazu in C.a., Mai 1978, S.279-282: "Hintergründe des chinesisch-japanischen Inselstreits" von Yu-Hsi Nieh; mit beigefügter Lagekarte). Der Senkaku-Zwischenfall hatte auch spürbare Auswirkungen auf die japanische Innenpolitik (Näheres dazu Manfred Pohl, "Der Senkaku-Zwischenfall und seine Auswirkungen auf die japanische Innenpolitik" in C.a., Juni 1978, S.339-343).

Offensichtlich wollte sich Japan nunmehr - ein Jahr später - für den Zwischenfall revanchieren und entsandte das Patrouillenboot "Soya Maru" mit Personal und Instrumenten an Bord zur Insel, um dort den Bau eines vorläufigen Hubschrauber-Flughafens, die Expedition eines Untersuchungssteams sowie mehrerer Vermessungsboote vorzubereiten. Der Direktor der Asien-Abteilung im Außenministerium, Shen Ping, gab deshalb eine Erklärung ab, in der er nochmals darauf hinwies, daß die "Diaoyutai-Inseln und andere Inseln von alters her chinesisches Hoheitsgebiet" seien, was ja in der chinesischen Erklärung vom 30. Dezember 1978 bereits deutlich zum Ausdruck gebracht wurde. Zur Zeit der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen China und Japan und des Abschlusses eines Vertrags über Frieden und Freundschaft hatten die beiden Seiten Einigung darüber erzielt, daß die Frage in Zukunft geregelt werden solle. Die japanische Seite habe nun mit der Entsendung des Bootes gegen diese Vereinbarung verstoßen. China hoffe, daß Japan durch seine Voreiligkeit nicht weiter gegen den Geist der Freundschaft und guten Nachbarschaft zwischen beiden Völkern verstoßen werde (XNA, 29.5.79).

- we -

(14) Deng Yingchao in Nordkorea

Am 26. Mai 1979 traf die Witwe Zhou Enlais,

Mitglied des Politbüros und stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des NVK, auf Einladung Kim Il-songs in Pyong-yang ein und wurde dort von Kim Il-song und der nordkoreanischen Führung am Flughafen empfangen (XNA, 26.5.79). Deng Yingchao hat in den letzten Jahren bereits mehrere Länder besucht, u.a. Sri Lanka und - im April 1979 - Japan. Durch ihr stilles und bescheidenes Auftreten hat sie es noch bei jedem Besuch verstanden, Sympathien für ihr Land zu sammeln. Sie ist damit zu einer Art Sonderbotschafterin des Guten Willens geworden. Ihre Erklärungen sind allerdings meist etwas harmlos und ohne besondere Aussagekraft. Was sie beispielsweise bei ihrer Pressekonferenz am 8. April 1979 über die Rückkehr Taiwans in die Arme des Vaterlandes, über die freundschaftlichen Beziehungen zwischen China und Japan, über Chinas Außenpolitik im allgemeinen, über die Regulierung des chinesischen Wirtschaftsplans und über die Stellung der chinesischen Frau sagte, war - wenn die offiziellen Berichte darüber ein echtes Spiegelbild abgeben (z.B. BRu 1979, Nr.16, S.11-14) - ohne Farbe. Als sie von einem japanischen Journalisten gefragt wurde, was ihren verstorbenen Ehemann, Ministerpräsident Zhou, am meisten geschmerzt habe, antwortete sie: "Am meisten hat ihn betrübt, daß der von Lenin gegründete erste sozialistische Staat sich in einen sozialimperialistischen verwandelt hat, der nach der Vorherrschaft in der Welt strebt."

Deng Yingchao stattete während ihrer Koreavisite auch dem dort weilenden Sihanouk einen Höflichkeitsbesuch ab. Kim Il-song hatte bereits im Januar den vietnamesischen Angriff auf Kampuchea scharf kritisiert und wiederholte, in Anwesenheit Deng Yingchaos, nochmals die Entschlossenheit seines Landes, Sihanouk in all seinen Aktionen zu unterstützen.
- we -

(15) Visite des malaysischen Ministerpräsidenten Datuk Hussein Bin Onn in China

Vom 2.-7. Mai hielt sich der malaysische Ministerpräsident zu einem siebentägigen offiziellen Besuch in Peking, Hangzhou und Kanton auf.

Die offiziellen Beziehungen zwischen beiden Ländern reichen fünf Jahre zurück. Damals hatte der inzwischen verstorbene Ministerpräsident Tun Abdul Razak der VR China vom 28. Mai bis 2. Juni einen offiziellen Besuch abgestattet, in dessen Verlauf das Kommuniqué vom 31. Mai unterzeichnet wurde, das auch heute noch, wie Hussein Bin Onn betonte, die Grundlage der bilateralen Beziehungen ist. Hier die wichtigsten Punkte dieses Kommuniqués:

- Punkt 1: Gegenseitige diplomatische Anerkennung.
- Punkt 2: Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den beiderseitigen Beziehungen und Antihegemonieklausel gegenüber Dritten.
- Punkt 3: Taiwan-Klausel: In Peking ist die einzige legale Regierung Chinas.
- Punkt 4: Anerkennung "Malaysias" durch China: Noch 1973 hatte die Gründung der "Föderation Malaysia" in der Pekinger Propaganda als "Dolch des britischen und des US-Imperialismus im Herzen Südasiens" gegolten. China sprach bis 1974 immer nur von "Malaya".
- Punkt 5: Regelung der Huaqiao-Frage: Keine Doppelstaatsangehörigkeit. Das Huaqiao-Problem gehört mit zu den Zentralfragen Malaysias, da das Staatsvolk

dort zu 36% aus Chinesen, zu 44% aus Malaien und zu 9% aus Indern (der Rest aus anderen "Communities") besteht.

Nicht angesprochen im Kommuniqué von 1974 waren zwei weitere Grundanliegen Malaysias, nämlich der Plan einer neutralisierten Zone des Friedens in Südostasien und das Dilemma der Aufständischen, die lange Jahre hindurch von Peking unterstützt worden waren (ausführlich hierzu C.a., Juni 1973, S.278 ff., 294 ff. und Juli 1974, S.416 f.).

In der "ZOPFAN"-Frage sind Kuala Lumpur und Peking inzwischen einer Meinung. Malaysia wird heute dafür gerühmt, daß es als erstes Land eine Zone des Friedens und der Neutralität in Südostasien vorgeschlagen habe und daß es außerdem stets die Vorschläge für eine Friedenszone im Indischen Ozean und für eine nuklearfreie Zone in Südostasien befürwortet habe (RMRB, 1.5.79 und XNA, 2.5.79).

Die Unterstützung der Aufständischen durch China, die sich inzwischen nur noch auf propagandistische Hilfestellungen erstreckt, ist dagegen nach wie vor ein heißes Eisen in den chinesisch-malaysischen Beziehungen. Dies war vor allem während der Visite Deng Xiaopings vom 9.-12. November 1978 in Malaysia deutlich geworden. Deng hatte damals seinem Gesprächspartner Hussein Bin Onn klargemacht, daß die Unterstützung der KP Malayas für China eine wichtige Prinzipienfrage sei und daß außerdem, wenn China hier nicht präsent sei, die Sowjetunion in das entstehende Vakuum eindringen würde. Der malaysische Ministerpräsident hatte schon damals für die chinesische Doppelstrategie (Staat-Staat - Partei-Partei-Beziehungen) wenig Verständnis gezeigt (Näheres dazu Oskar Weggel, "Südostasien im Brennpunkt", C.a., Dezember 1978, S.821 f.). Ein Kabinettsmitglied kommentierte damals die Ausführungen Dengs: "Wenn China auf seiner Unterstützung für die Guerillas beharrt, gibt es für uns nichts zu diskutieren" (ebenda).

Deng war bei seinem Malaysia-Besuch kühl behandelt worden. Auch die Bevölkerung brachte ihm keine Ovationen entgegen. Trotzdem war er schon damals überzeugt, daß sein Besuch die "gegenseitige Verständigung vertieft und die Freundschaftsbeziehungen zwischen China und Malaysia gefördert" habe (ebenda). Beide Staaten wollten fortan gemeinsam für eine neue internationale Wirtschaftsordnung kämpfen. Konkrete Wirtschaftsabmachungen, wie im Falle Thailands, das Deng kurz vorher besucht hatte, wurden in Kuala Lumpur damals nicht getroffen.

Dies sollte nunmehr nachgeholt werden. Wie der malaysische Ministerpräsident bei seiner Pressekonferenz am 5. Mai in Peking betonte, habe man über die Ausdehnung des Handels, über die Möglichkeiten eines Luftverkehrs-Abkommens und über ein malaysisches Angebot gesprochen, China bei der Unterstützung von Gummitechnologie und bei der Verarbeitung von Palmöl zu helfen (XNA, 6.5.79). Auch über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Zinngewinnung wurde gesprochen. Künftig sollten die Importquoten Chinas in Höhe von 100.000 t, wie sie im Jahre 1978 erzielt wurden, noch übertroffen werden. Auch die 14.000 t-Marke für Palmöl aus Malaysia sollte überschritten werden (Radio Kuala Lumpur, SWB, 7.5.79).

Einen hohen Grad an Einigkeit erzielten beide Seiten offensichtlich in der Indochina-Frage. Die chinesischen Führer konnten sich gar nicht genug damit tun, immer wieder auf die "richtige" Haltung Malaysias in der Kampuchea-Frage hinzuweisen.

Xinhua läßt einen ganzen Film über das Verhalten der malaysischen Regierung in der Indochina-Frage abrollen (XNA, 2.5.79): Schon im Januar 1979 habe der malaysische Außenminister die Invasion Vietnams in Kampuchea verurteilt und diese Haltung auch am 13. Januar bei der UNO-Sicherheitsrats-Abstimmung beibehalten. Vielleicht war es dem malaysischen Ministerpräsidenten auch etwas peinlich, daß er von seinen Gastgebern, vor allem von Deng Xiaoping, immer wieder darauf hingewiesen wurde, daß China, Malaysia und die anderen ASEAN-Länder gegen die "großen und kleinen Hegemonisten" in Südostasien kämpfen müßten (XNA, 3.5.79). Auch Hua Guofeng forderte seinen Gast auf, sich mit China "zu vereinigen, um den hegemonistischen Plan der Aggression und Expansion in Südostasien" zu vereiteln (XNA, 5.5.79).

Deng meinte, China und Malaysia stünden "ähnlichen Aufgaben und Problemen gegenüber, und zwar sowohl in der Frage der Aufrechterhaltung des Friedens in Asien als auch beim eigenen Aufbau und bei der Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung". Hier könne man zusammenarbeiten, ebenso wie auf dem Gebiete der Wirtschaft, des Handels und der Technologie (XNA, 3.5.79).

Hussein Bin Onn war mit zeremoniellem Aufwand bereits am Flugplatz empfangen worden. Dies hing nicht zuletzt damit zusammen, daß seine Reise auf eine Initiative der ASEAN-Mitgliedsländer zurückging. Danach sollten Malaysia und Indonesien arbeitsteilig in Peking bzw. Indonesien in Hanoi vorsprechen und die guten Dienste der ASEAN für die Regelung der Beziehungen zwischen China und Vietnam sowie der Kampuchea-Frage anbieten. Der Korrespondent der sowjetischen Regierungszeitung Iswestija nahm die Visite zum Anlaß, die chinesische Hegemonialpolitik in Südostasien anzugreifen. Peking treibe in Südostasien eine heuchlerische Politik: Auf der einen Seite kokettiere es mit den Regierungen dieser Länder (mit Ausnahme Vietnams, Laos' und "Volkskampuchreas") und demonstriere auf diese Weise Freundschaft, während es gleichzeitig die Länder Südostasiens gegeneinander aufhetze und versuche, insbesondere Malaysia, Thailand und Singapur in Gegensatz zu Vietnam, Laos und Volkskampuchea zu bringen. Unterhalb der staatlichen Ebene unterhalte Peking ein ausgedehntes Netz von Verbindungen, das nicht nur "breite örtliche gesellschaftliche Kreise" umfaßt, sondern auch aufständische Gruppen. Durch diese Doppelstrategie solle die Widerstandsfähigkeit dieser Länder gegenüber dem chinesischen Hegemonismus geschwächt werden. Im übrigen sei es gewiß kein Zufall, daß die angeblich zunehmende Unterstützung der Aufständischen mit der "Normalisierung" der amerikanisch-chinesischen Beziehungen Hand in Hand gehe. Die Annäherung Chinas und der USA habe im Grunde genommen Peking freie Hand gegeben zur Verstärkung des Drucks auf die Länder Südostasiens (BPA/Ostinfo, 4.5.79).

Im Gegensatz zu dieser Analyse zeichnet sich im Meinungsbild der südostasiatischen Regierungen, aber auch der Bevölkerung, ein breites prochinesisches Spektrum ab. Zumindest vier der fünf ASEAN-Länder fühlen sich durch das mit Moskau verbündete Vietnam stärker bedroht als durch China. Vor allem Thailand, das nach dem Fall der traditionellen Pufferzone Kampuchea in die unmittelbare Nachbarschaft des bis an die Zähne gerüsteten Vietnam gerückt ist, hat die "Strafexpedition" Chinas gegen Vietnam mit besonderem Wohlwollen betrachtet. Zumindest in Bangkok ist

man heute der Meinung, daß alles, was den Vietnamesen schadet, sich letztlich zum Vorteil Thailands auswirkt.

Lediglich in Indonesien ist die Furcht vor China größer als vor Vietnam. Aus der Sicht Djakartas hat, langfristig gesehen, nur China das Potential, um dem Inselreich militärisch gefährlich zu werden.

Unabhängig von den freundlichen Worten, die in Peking ausgetauscht wurden, gehen die Verfolgungsmaßnahmen gegen einheimische Kommunisten in Malaysia weiter. Im thailändisch-malaysischen Grenzgebiet, wo die Peng-Jin-Guerilleros vor allem operieren, führen Thailand und Malaysia seit Jahren gemeinsame Operationen gegen "chinesische Guerillakämpfer" durch - wie es wörtlich heißt (Radio Bangkok, 6.2.79 in SWB, 8.2.79). So begann beispielsweise die "Operation 792 Alpha", die sich gegen "chinesische kommunistische Widerstandskämpfer entlang der Grenze" richtete, am 4. Februar und wurde von thai-malaysischen Kräften durchgeführt. Beide "Unterdrückungs"-Kräfte bestehen aus Armeesoldaten, Grenzpatrouillen-Polizeinheiten, Provinzpolizisten und Sonderpolizei-Einheiten.

- we -

(16) Sri Lanka: Volksdiplomatie und "Augen-Geschenk"

Die 1961 gegründete "Gesellschaft zur Schenkung von Augen" hat dem "Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Krankenhaus" in Peking zwei Packungen mit Augen geschenkt, um, wie es wörtlich heißt, "China und Sri Lanka näher aneinander zu bringen" (XNA, 16.5.79). Peking ist damit die achtzigste ausländische Stadt, die von der Gesellschaft ein solches Geschenk erhält. Es handelt sich hier um Augen, die Toten entnommen wurden, deren Exitus nicht länger als drei Stunden zurückliegt.

- we -

(17) "Radio Australia" "ertrinkt" in der Briefflut aus China

Radio Australia, der Kurzwellen-Überseedienst des Staatlichen Australischen Rundfunks, erhielt im April und Mai jeweils rund 40.000 Zuschriften aus China, vor allem aus dem südlichen Teil, wo der Empfang besonders gut ist, aber auch aus so weit entfernten Gegenden wie Tibet. Viele Schreiber berichten, daß sie den Überseedienst, der täglich fünf Stunden lang ausgestrahlt wird, schon seit Jahren mithörten, darüber aber erst jetzt offen sprechen könnten. 1978 hatte die Radioanstalt nur rund fünfzig Zuschriften erhalten. Die Briefschreiber, unter ihnen viele Bauern und Ingenieure, interessieren sich besonders für die Agrartechnik und den Erzbergbau Australiens. Sie wüßten zwar, daß die USA und Japan über die moderneren Technologien verfügten, daß man aber von Australiern, die mit ähnlich harten Boden- und Umweltbedingungen fertig werden müßten wie die Chinesen, mehr lernen könne (NZZ, 30.5.79).

- we -

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(18) SALT II: Ein "Betrug an den Völkern"

Zwischen den USA und der Sowjetunion finden seit vielen Jahren mehrere parallele Abrüstungsverhandlungen statt, nämlich:

- die Verhandlungen zur Beschränkung der strategischen Kernwaffen (SALT).
- Die Verhandlungen über das allseitige Verbot von Kernwaffentests: Bereits im August 1973 war ein "Vertrag über das teilweise Verbot von Kernwaffentests" unterzeichnet worden. Im Juli 1977 begannen dann Gespräche über das allseitige Verbot, an denen auch Großbritannien beteiligt ist.
- Die Verhandlungen über die Einschränkung und Reduzierung der militärischen Aktivitäten im Indischen Ozean (Beginn der Gespräche im Juni 1977).
- Verhandlungen über die Truppenreduzierung in Mitteleuropa (MBFR). Die Gespräche werden von der NATO und dem Warschauer Pakt seit dem 30. Oktober 1973 in Wien mit dem Ziel einer "ausgewogenen Abrüstung" in Mitteleuropa geführt.
- Verhandlungen über die Kontingentierung des Verkaufs von konventionellen Waffen (amerikanisch-sowjetische Gespräche seit Dezember 1977).
- Verhandlungen über das Verbot von radioaktiven und chemischen Waffen, über den Transfer von Waffen und Technologie, über die Nichtweitergabe von Kernwaffen, über das Verbot eines Umwelt- und Satellitenkriegs usw.

Am wichtigsten sind die SALT-Verhandlungen. SALT I dauerte von November 1969 bis Mai 1972. Im Abkommen wurde die Zahl der damals gerade existierenden strategischen Kernwaffenträger beider Seiten für fünf Jahre eingefroren. Hinsichtlich der Qualität der Raketen, insbesondere der Zahl und Beschaffenheit der Atomsprenkköpfe, wurden keine Schranken gesetzt, sowenig für strategische Langstreckenbomber.

Von November 1972 bis Mai 1979 liefen die SALT II-Gespräche in Genf (291 Sitzungen). SALT II hat drei Bestandteile:

- den eigentlichen Vertrag, der bis 1985 gilt und der eine Verringerung des gesamten strategischen Potentials von derzeit 2.400 auf 2.250 Abschußrampen bis 1981 vorsieht. Betroffen sind von dieser Reduzierung sowohl einfache Raketen als auch Raketen mit Mehrfachsprengköpfen (sog. MIRV), U-Boote mit Fernraketen und Fernbomber.
- Zweiter Bestandteil ist ein bis Ende 1981 geltendes Protokoll, in dem Begrenzungen für Erprobung und Einsatz von Waffensystemen, wie dem Marschflugkörper Cruise MISSILE, und mobilen Interkontinentalraketen festgelegt sind, über die noch keine endgültige Einigung erzielt wurde. Die Entwicklung neuer Systeme ist zulässig.
- Dritter Teil ist eine Absichtserklärung, die den Rahmenplan für SALT III umreißt, durch den die für Europa so gefährlichen und bisher ausgeklammerten sog. "eurostrategischen Atomwaffen" begrenzt werden sollen.

In zahlreichen Kommentaren geht Xinhua (1., 2., 8.,

11., 12., 16., 19. und 23. Mai) auf dieses Ereignis ein und "zerfetzt den Vertrag in tausend Stücke".

Die Hauptkritikpunkte:

- a) Das Abkommen enthalte nur eine quantitative Begrenzung, die aber in sich bereits schon Zweifel an einer Unterbrechung des Wettrüstens aufkommen lassen müsse. Die "Obergrenze" des Gesamtbestandes der strategischen Waffensysteme belaufe sich bei den MIRVs auf 1.320 Stück; dies aber sei doppelt so viel wie der jetzige Bestand der Sowjetunion und um etwa 300 mehr, als die Amerikaner besitzen. Darüber hinaus verbietet der Vertrag keineswegs die Entwicklung neuer Typen von landgestützten Raketen und erlaubt die Entwicklung von jeweils weiteren 4.000 Kernsprengköpfen. Auch dürften weiterhin nach Belieben neue Typen U-Boot-gestützter Raketen entwickelt werden. Alles in allem sei der Vertrag eher ein Waffenvermehrungs- als ein Waffenverminderungs-Abkommen.
- b) Ferner setze der Vertrag keinerlei Grenzen für die Verbesserung der Qualität, der Treffsicherheit und der Lenksysteme für strategische Kernwaffen.
- c) Nicht unter die Begrenzungsbestimmungen fielen die eurostrategischen Waffen. SALT II behandle m.a.W. nur - und auch dies nur im Stückwerk - die strategischen Potentiale der beiden Supermächte und klammere die Frage der sowjetischen konventionellen und taktischen Überlegenheit in Europa vollkommen aus. Vergessen werden ferner nicht nur die "eurotaktischen" Waffen, wie die SS 20-Mittelstreckenrakete, die ganz Europa abdeckt, und die sowjetischen Backfire-Bomber, sondern auch die "konventionellen" Waffen, z.B. die 8.000 sowjetischen Kampfflugzeuge, die 20.000 Stück Feldartillerie, die 50.000 Panzer und die 4,4 Millionen sowjetische Soldaten.

Nach alledem ist das SALT-II-Abkommen für China nichts anderes als ein "Betrugsmanöver", das ein weiteres Wettrüsten erst so richtig ankurbelt.

Da die Frage der gegenseitigen Überwachung der beiden Supermächte sehr vage geregelt ist (es wurde lediglich im Vertrag vereinbart, daß die üblichen Beobachtungsmethoden nicht gestört werden dürfen, daß nichts verschleiert wird, daß regelmäßig Daten ausgetauscht werden und daß bei bestimmten Raketenversuchen der Vertragspartner vorher benachrichtigt wird), hat Deng Xiaoping in einem Gespräch mit amerikanischen Journalisten bereits im April die Möglichkeit angedeutet, daß China u.U. bereit ist, an seiner Grenze zur Sowjetunion hin amerikanische Überwachungsanlagen zuzulassen, die anstelle der praktisch wertlos gewordenen Beobachtungsposten im Iran treten sollen.

- we -

(19) Der chinesische Vorschlag für ein Gesamtabrüstungsprogramm, vorgelegt am 15. Mai vor der UNO-Abrüstungskonferenz

Am 14. Mai begann in New York die erste Sitzung der Abrüstungskommission aller UNO-Mitgliedstaaten, die bis Mitte Juni dauerte und auf der die Elemente eines "Gesamtabrüstungsprogramms" diskutiert wurden. Der Leiter der chinesischen Delegation, Lai Yali, unterbreitete am 15. Mai den chinesischen Vorschlag.

Er verwies zuerst auf das ständige Wettrüsten der beiden Supermächte. Die Gesamtsumme der

Rüstungsausgaben beider Supermächte sei 1978 auf über 100 Mrd.US\$ gestiegen und überträfe die Rüstungsausgaben der anderen 150 Länder der Erde. Gegenwärtig konzentrierten sich beide vor allem auf die Entwicklung von Raketen mit Mehrfachsprengköpfen (MIRV). Allein 1978 hätten sich beide zusätzlich über tausend Nuklearsprengköpfe zugelegt. Da auch SALT II nichts anderes als ein Papiertiger sei, müßten die Völker der Welt einen "Kampf für die Abrüstung, verbunden mit dem Kampf gegen Aggression und Hegemonie", beginnen und der "offensiven Globalstrategie" beider Mächte einen Riegel vorschieben. Diesem Zweck diene u.a. das Gesamtabrüstungsprogramm der UNO.

Chinas Beitrag ist in drei große Teile untergliedert, die unter den Überschriften "Ziel", "Hauptprinzipien" und "Hauptmaßnahmen" stehen.

I. Das Ziel des Gesamtabrüstungsprogramms: Maßnahmen für einen realen Abrüstungsfortschritt und Verhinderung eines neuen Weltkriegs und bewaffneter Aggressionen.

II. Hauptprinzipien:

1. Friedliche Koexistenz und Antihegemonismus.
2. Die beiden Supermächte müssen als erste abrüsten, die übrigen Staaten folgen mit der Abrüstung in angemessenem zeitlichen Abstand.
3. Konventionelle und nukleare Abrüstung müssen Hand in Hand gehen. Biologische und chemische Waffen und andere Massenvernichtungswaffen sind vollständig zu verbieten.
4. Die eingesparten Rüstungsgelder sollen den Entwicklungshilfefonds zugute kommen.
5. Die Abrüstung verhindert nicht die Entwicklung der Atomnutzung für friedliche Zwecke.
6. Flankierung der Abrüstungsmaßnahmen durch regionale Teilmaßnahmen, z.B. Gründung von Friedens- und atomwaffenfreien Zonen, die frei sein sollen von der Rivalität der Supermächte.
7. Demokratische Handhabung des Abrüstungsprozesses.
8. Stärkung des Einflusses der UNO auf die bilateralen und multilateralen Abrüstungsverhandlungen.
9. Wirksame Kontroll- und Überprüfungsmaßnahmen.
10. Mobilisierung aller Menschen für den Friedenskampf.

III. Die Hauptmaßnahmen:

1. Kernwaffenabrüstung.
 - a) Endziel ist das allseitige Verbot und die vollständige Vernichtung aller Kernwaffen und ihrer Trägersysteme.
 - b) Bis zur Unterzeichnung des Abkommens über die Nichtanwendung von Kernwaffen sollen sich alle Atomkräfte, vor allem die Supermächte, bedingungslos verpflichten, gegen Staaten ohne Kernwaffen und gegen kernwaffenfreie Zonen keine Kernwaffen einzusetzen oder ihnen damit zu drohen.
 - c) Sofortige Einstellung des nuklearen Wettrüstens und stufenweise Reduzierung des bestehenden Arsenals. Die kleineren Atomkräfte folgen den Supermächten hierbei in angemessenem zeitlichen Abstand.
2. Reduzierung der konventionellen Waffen.
 - a) In einem ersten Stadium ziehen die beiden Supermächte alle im Ausland stationierten Truppen zurück und schleifen ihre Militärbasen auf fremdem Boden.
 - b) Die beiden Supermächte reduzieren drastisch ihr

konventionelles Waffenkontingent. In angemessenem zeitlichen Abstand folgen ihnen die militärisch starken Staaten mit analogen Abrüstungsmaßnahmen.

3. Verbot chemischer und biologischer Waffen.
 - a) Am Ende sollen alle chemischen und biologischen Waffen allseitig verboten und restlos vernichtet werden. Als ersten Schritt auf dem Weg zu diesem Endziel verpflichten sich alle Staaten eindeutig, keine chemischen oder biologischen Waffen einzusetzen.
 - b) Verhandlungen über eine Konvention zum allseitigen Verbot und zur vollständigen Vernichtung.
4. Verbot von neuen Massenvernichtungsmitteln; Forschung, Entwicklung und Herstellung sind zugleich einzustellen.
5. Errichtung von Friedenszonen.
 - a) Errichtung einer "Zone des Friedens, der Freiheit und Neutralität" in Südostasien; Rückzug aller ausländischen Truppen, Schleifung ausländischer Militärbasen.
 - b) Verwandlung des Indischen Ozeans in eine Friedenszone.
 - c) Verwandlung des Mittelmeers in eine Friedenszone gemäß dem Wunsch der dortigen Völker.
6. Kernwaffenfreie Zone.
 - a) Alle Atomkräfte respektieren den Status der kernwaffenfreien Zonen und verpflichten sich, keine Kernwaffen dort einzusetzen.
 - b) Der Status der kernwaffenfreien Zone in Lateinamerika ist allseits zu respektieren.
 - c) Gemäß dem Wunsch der Staaten der jeweiligen Regionen sollen kernwaffenfreie Zonen in Mittelost, Afrika, Südasien und anderen Regionen errichtet werden (XNA, 16.5.79).

Der chinesische Vertreter verknüpft diesen Vorschlag mit einer scharfen Kritik am SALT-II-Abkommen (vgl. dazu Ü. 18)

- we -

(20) Bei der 5. UNCTAD-Konferenz: Die chinesische Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung

Am 7. Mai begann in Manila die 5. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD V) (dazu XNA, 7.5.79), zu der die Entwicklungsländer mit einem Schuldenberg von fast 300 Mrd.US\$ antraten. Aus den Statistiken des UNCTAD-Sekretariats geht hervor, daß die Entwicklungsländer infolge der Verschlechterung der Terms of Trade allein im Jahre 1978 über 30 Mrd.US\$ verloren hatten - und dies, obwohl sie rund die Hälfte der Rohstoffe produzieren.

Die drei großen Änderungen der Weltwirtschaft, der Weltwährungspolitik und der Weltentwicklungspolitik sind aus der Sicht der Dritten-Welt-Länder nicht länger aufschiebbar.

Auch die Ostblockländer verdienen Tadel, insofern große Worte dort in einem krassen Mißverhältnis zu den Taten stehen: Die Entwicklungshilfe des ganzen Ostblocks beträgt nur 0,05% des Bruttosozialprodukts dieser Länder.

Zur Vorbereitung der Konferenz in Manila hatten sich verschiedene Länder der Dritten Welt bereits im Februar 1979 in Arusha (einem Ort am Fuße des Kilimandscharo in Tansania) versammelt und dort ihre prinzipiellen Forderungen festgelegt, nämlich

- freien Zugang zu den Märkten der Industrielän-

der;

- besseren Zugang zu moderner Technologie, Know-how und Fertigungslizenzen; Einführung eines verbindlichen Verhaltenskodex' für internationale Konzerne;
- Erhöhung der Entwicklungshilfe auf die bereits von der UNO 1970 beschlossene Rate; Mitbestimmung in internationalen Finanz- und Währungsangelegenheiten, vor allem bei der Weltbank und beim IMF;
- Entwicklung der kollektiven Selbsthilfe durch verstärkte Kooperation der Entwicklungsländer untereinander.

Der chinesische Vertreter bei der UNCTAD-Konferenz, Liu Xiwen, führte in seiner Rede am 10. Mai in Manila aus, daß China das Arusha-Dokument voll unterstütze und es als einen Beitrag der Gruppe der 77 zur 5. UNCTAD-Konferenz betrachte.

- Die protektionistischen Maßnahmen der Industrieländer gegen Fertigwaren und Halbfabrikate der Entwicklungsländer müßten aufgehoben werden, sei es nun durch den Abbau der Zoll- oder aber der nichttarifären Handelsschranken.

Vor allem gelte es, die Exportpreise für die Rohstoffe der Entwicklungsländer zu stabilisieren und dadurch die Exporteinnahmen zu erhöhen. Wichtigste Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Forderung sind die Schaffung eines Integrierten Rohstoff-Programms und eines Gemeinsamen Fonds, durch den die Rohstofflöse bei einem eventuellen Preisverfall gestützt werden können. Die chinesische Regierung sei bereit, ihren Beitrag zu einem solchen Gemeinsamen Fonds zu entrichten, sobald hierüber offizielle Vereinbarungen erzielt worden seien. China wolle diesen Beitrag erbringen, obwohl das chinesische Außenhandelsvolumen am gesamten Welthandel nur gering beteiligt sei (BRu 1979, Nr.20, S.13 f.)

- Zu bekämpfen seien auch die ständigen Schwankungen auf dem internationalen Währungsmarkt, die den Entwicklungsländern die schwersten Einbußen brächten. Die Krisenabwälzung von seiten der Monopolkapitalisten müsse fortan verhindert werden. China unterstütze daher alle positiven Bemühungen um die Reform des Weltwährungssystems, die Stabilisierung der Parität und die verstärkte Finanzhilfe zugunsten der Entwicklungsländer. Vor allem müßten die Entwicklungsländer an den Währungsentscheidungen mitbeteiligt werden.

- China plädiere ferner für die Ausarbeitung eines Verhaltenskodex' bei internationalen Technologietransfers.

- Es unterstütze des weiteren die Ausarbeitung einer internationalen Entwicklungsstrategie für das dritte UNO-Entwicklungsjahrzehnt, dessen Kernpunkte die "Deklaration und das Aktionsprogramm für die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung" sind (abgedruckt bereits in C.a., Juni 1974).

- Vor allem aber betont China die kollektive Selbsthilfe der Entwicklungsländer, die sich seit 1976 positiv angelassen habe. Wichtige Schritte auf diesem Weg seien beispielsweise die Beschlüsse der Ministerkonferenz über die Handelskooperation im asiatisch-pazifischen Raum (ESCAP), die im August 1978 in Neu Delhi tagte, ferner der Beschluß der ASEAN-Länder zu verstärkter Zusammenarbeit und zur Meistbegünstigung für über siebzig Produkte; des weiteren Kooperationsbeschlüsse der Afro-Arabischen Gipfelkonferenz in Kairo (März 1977) sowie der lateinamerikanischen Wirtschaftsorganisation. Be-

deutsam sei auch der "Nord-Süd-Dialog", der seit der Konferenz von Lomé (Februar 1975) bereits fruchtbare Ansätze für eine Zusammenarbeit zwischen den Industrieländern Westeuropas und einer Reihe von AKP-Ländern erbracht hat.

In einem Satz zusammengefaßt läßt sich das chinesische UNCTAD-Programm folgendermaßen formulieren: Primär Selbsthilfe, sekundär Hilfe zur Selbsthilfe.

- we -

(21) 15 Mio.\$ aus dem UN-Entwicklungsprogramm

Die Volksrepublik China erhält erstmals Finanzhilfe aus dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen. Insgesamt sollen in den beiden nächsten Jahren 15 Mio.\$ als verlorene Zuschüsse für Modernisierungsprojekte in den Bereichen EDV, Erdbebenforschung, Weidelanderschließung und Sprachausbildung nach China fließen. Die Hilfszusage wurde auf der Welthandels-Konferenz (UNCTAD) in Manila bekanntgegeben. (Reuter, 9.5.79)

- ga -

(22) Waldheims Vermittlungsangebot im Indochinakrieg wird von Peking abgelehnt

Vom 30. April bis 2. Mai stattete der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kurt Waldheim, der VR China einen Besuch ab (XNA, 1.5.79), der sich einer Visite Hanoi anschloß. Waldheim sprach mit dem chinesischen Außenminister Huang Hua und wurde außerdem von Hua Guofeng und Deng Xiaoping empfangen. Hua Guofeng erklärte seinem Gast am 1. Mai, daß China bereit sei, mit der UNO zur Förderung des Friedens in Südostasien und in der Region des Pazifik zusammenzuarbeiten, da China im Zeichen der vier sozialistischen Modernisierungen eine "friedliche internationale Umwelt brauche" (XNA, 1.5.79). Am selben Tag erklärte Deng gegenüber Waldheim, daß er sich von einer Vermittlungshilfe der UNO im Streit mit Vietnam nichts verspreche. Er, Deng, könne den Versicherungen Hanois keinen Glauben schenken, daß Vietnam gegen seine Nachbarn keine aggressiven Absichten hege. Nach Ansicht Dengs bereiteten die Vietnamesen neue Angriffe im Grenzgebiet vor. Sollten die vietnamesischen Streitkräfte ihre Provokationen entlang der Grenze mit China wiederaufnehmen, so behalte sich China das Recht vor, den Vietnamesen eine zweite Lektion zu erteilen.

Weitere Gesprächsthemen Waldheims waren das Flüchtlingsproblem in Indochina, das Nahostproblem und die chinesischen Pläne für eine neue Weltwirtschaftsordnung.

Waldheim traf am 30. April auch mit dem in Peking lebenden Prinzen Sihanouk zusammen, wo der Prinz erneut seinen Vorschlag einer neuen Indochina-Konferenz vorbrachte. Zumindest bei den Chinesen stößt Sihanouk damit jedoch auf Ablehnung. Wie Außenminister Huang Hua am 21. Mai gegenüber dem neuen Botschafter Thailands betonte, würde eine neue Indochina-Konferenz z.Zt. nicht nur "inopportun" sein, sondern könnte möglicherweise sogar die Anstrengungen des laotischen und des kampucheanischen Volkes in ihrem Kampf gegen die vietnamesische Aggression "unterminieren". Vielleicht sei eine solche

Konferenz aber einmal in Zukunft "nötig" - dann nämlich, wenn Vietnam wirklich "ernsthafte Rückschläge" erlitten habe, vor allem in Kampuchea (SWB, 25.5.79).

Waldheim reiste am 2. Mai nach Nordkorea weiter. Insgesamt standen zehn asiatische Länder auf seinem Reiseplan.

- we -

(23) Neue IOC-Probleme

Nach der Tagung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) am 5. April 1979 in Montevideo schien es eine Zeitlang so, als könne China künftig in der Internationalen Olympischen Bewegung durch zwei Nationale Komitees vertreten sein (Näheres dazu C.a., April 1979, Ü 18).

Am 15. Mai jedoch gab Peking einen Kompromißplan bekannt, der von dem IOC-Beschluß abweicht, gleichzeitig aber die Teilnahme von Sportlern aus der Volksrepublik und aus Taiwan an den nächsten Olympischen Spielen 1980 in Lake Placid und Moskau sicherstellen soll. Für den Fall einer Ablehnung dieses Kompromißvorschlages drohte Peking gleichzeitig den USA und der Sowjetunion unverhüllt mit "politischen Konsequenzen". Die vom Generalsekretär des Gesamtchinesischen Sportbundes, Song Zhong, am 15. Mai vor westlichen Journalisten in Peking bekanntgegebene Kompromißformel sieht vor, daß Peking die alleinige Vertretung Chinas in der Olympischen Bewegung innezuhaben wünsche, daß Taiwan aber seine Mitgliedschaft im IOC bis auf weiteres unter dem Namen "Chinesisch-Taiwanesisches Olympisches Komitee" beibehalten könne. Doch dürften weder der Name "Republik China" noch deren Flagge oder aber Hymne verwendet werden. Selbstverständlich sei es Sportlern und Funktionären aus Taiwan unbenommen, sich der Mannschaft der Volksrepublik anzuschließen.

Falls der Vorschlag abgelehnt werden sollte, würden die USA als Gastgeber der Winterspiele und Moskau als Ausrichter der Sommerspiele mit Schwierigkeiten zu rechnen haben.

Der Beschluß von Montevideo stelle die beiden NOKs auf die gleiche Stufe - ein für Peking unannehmbare Akt! Song erklärte, der von Peking vorgelegte Kompromiß möge auf einer außerordentlichen Sitzung des IOC oder auf dem Wege der brieflichen Abstimmung behandelt werden (AP-Bericht aus Peking in SZ, 16.5.79).

Das Taiwan-Problem tauchte auch im Rahmen der International Amateur Athletic Federation (IAAF) auf, und zwar bei der Sitzung des Ausschusses dieser Disziplin am 5. Oktober 1978 in Puerto Rico. Die IAAF hatte beschlossen, die Vertretung der VR China als einzigen Repräsentanten Chinas anzuerkennen und der Vertretung Taiwans das entsprechende Recht abzuerkennen. Dagegen legte die Taiwan-Repräsentanz Rechtsmittel ein, und zwar vor dem High Court of Justice in London (XNA, 14.5.79). Die Entscheidung des Gerichtshofs wird wohl noch einige Zeit auf sich warten lassen.

Anläßlich des 43. Kongresses der Vereinigung der Internationalen Sportpresse, die am 27. Mai in Moskau zuende ging, wurde u.a. auch die "Sportpresse-Vereinigung" (sic!) Chinas in den Bund aufgenommen (XNA, 28.5.79).

- we -

INNENPOLITIK

(24) 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses und die Arbeitskonferenz des ZKs der KPCh im April

Die 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses wird am 18. Juni 1979 in Peking eröffnet werden. Auf der Tagesordnung werden u.a. die Verabschiedung eines Strafgesetzes, einer Strafprozessordnung, eines Gesetzes über gemeinsame chinesisch-ausländische Aktiengesellschaften auf chinesischem Territorium, eines Verwaltungsrechts (in dem die kulturevolutionären Revolutionskomitees keinen Platz mehr haben werden), eines Wahlgesetzes und zwei anderer Gesetzentwürfe stehen (XNA, 12.6.79; DGB, 8.6.79; Dongxiang, Nr.8 (16.5.79), S.7). Darüber hinaus wird die Tagung eine Revision des auf der 1. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses im Februar letzten Jahres verabschiedeten 10-Jahres-Wirtschaftsplanes beschließen und den Wirtschaftsplan für 1979 und 1980 verabschieden (Wenhui Bao, 17.3.79, nach: Zhanwang, Nr.413 (16.4.79), S.4; DGB, 17.5.79; vgl. DGB 10.5.79).

Schließlich dürften die Delegierten des V. Nationalen Volkskongresses auf ihrer 2. Tagung einige bedeutsame Personalentscheidungen fällen (Dongxiang, Nr.8 (16.5.79), S.7: So wird der auf der 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees im Dezember 1978 in den Ständigen Ausschuß des Politbüros berufene Wirtschaftsexperte und Deng Xiaoping-Mann Chen Yun wahrscheinlich zum stellvertretenden Ministerpräsidenten gewählt werden, während die beiden Mitglieder der maoistischen Restfraktion im Politbüro, der Modellbauer aus Dazhai, Chen Yonggui, und der kulturevolutionäre Karrierist Ji Dengkui, dieses Amt im für sie ungünstigsten Fall verlieren werden. Nicht mehr gefährdet scheint hingegen die Position des Politbüromitglieds, stellvertretenden Ministerpräsidenten und Kommandeurs des Militärbezirks Peking, Chen Xilian, zu sein, der bislang zu den maoistischen Dogmatikern um Wang Dongxing gezählt wurde: In einem Leitartikel und einem Bericht der Jiefangjun Bao (Zeitung der Volksbefreiungsarmee) vom 30.4.79 über eine Theorie-Studienkonferenz von über 100 Politikadern der Pekinger Truppen, die die Renmin Ribao am 3.5.79 nachdruckte, wurde besonders hervorgehoben, daß Chen Xilian als Kommandeur der Pekinger Armeeeinheiten mehrfach den Vorträgen und Berichten auf dieser Theorie-Konferenz beigewohnt und dabei Anleitungen gegeben habe. Dies ist deshalb von großer politischer Bedeutung, insofern diese Konferenz mit einem eindeutigen Bekenntnis zum politischen Kurs der Deng Xiaoping-Fraktion endete. Hauptthema der Konferenz soll die Rede Deng Xiaopings auf der Theoriekonferenz des Zentralkomitees Ende März diesen Jahres gewesen sein (Dongxiang, Nr.8 (16.5.79), S.45), auf der Deng die "Vier grundlegenden Prinzipien" ("am sozialistischen Weg festhalten, an der Führung durch die Kommunistische Partei Chinas festhalten, an der Diktatur des Proletariats festhalten und am Marxismus-Leninismus und an den Mao-Zedong-Ideen festhalten") verkündet und links- und rechtsabweichlerische Tendenzen in und außerhalb der Kommunistischen Partei Chinas angegriffen hatte (Dongxiang, Nr.8 (16.5.79), S.5). In Gefahr könnte hingegen der kürzlich abgelöste Bürgermeister von Peking, Wu De, kommen, der für die Niederschlagung des jetzt als "revolutionär" geltenden Tienmen-Zwischenfalls im April 1976 mitverantwortlich